

**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:** Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Montag, 12.11.2018  
**Raum:** Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede  
**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:35 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Frau Susanne Lamers CDU

**ordentliche Mitglieder**

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

Herr Eckhard Roese B90/Grüne

**Verwaltung**

Herr Günther Henkel

Herr Stefan Unnewehr

Herr Fritz Sundermann

Frau Tabea Triebe

Frau Sandra Ahlers

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

**Gäste**

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübberts von der Rasteder Rundschau

Herr Oliver Kilian vom Planungsbüro Kilian & Kollegen

Herr Tom Walther vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Herr Dr. Friedrich Scheele

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Herr Hans-Hermann Schlange SPD

Frau Anette Sundermann CDU

sowie 34 weitere Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Theo Meyer UWG

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.09.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Rahmenplanung Mühlenstraße - Umsetzung des Gestaltung des ehemaligen Sportplatzgeländes  
Vorlage: 2018/218
- 6 77. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Roggenmoorweg  
Vorlage: 2018/215
- 7 Aufstellung Bebauungsplan 115 - Roggenmoorweg  
Vorlage: 2018/217
- 8 Konzept zur verträglichen Nachverdichtung  
Vorlage: 2018/221
- 9 Erlass einer Veränderungssperre für den Bebauungsplan 17 - Hahn-Lehmden  
Vorlage: 2018/223
- 10 Lärmaktionsplan gem. § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz  
Vorlage: 2018/220
- 11 Erweiterung der Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung - Antrag CDU  
Vorlage: 2018/214
- 12 Deckenprogramm - Antrag der Gruppe SPD/ UWG  
Vorlage: 2018/219
- 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019  
Vorlage: 2018/204
- 14 Einwohnerfragestunde
- 15 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen um 16:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Lamers regt an, die Tagesordnungspunkte 6 „77. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Roggenmoorweg“ und 7 „Aufstellung Bebauungsplan 115 - Roggenmoorweg“ gemeinsam zu beraten und anschließend separat darüber abzustimmen. Darüber hinaus unterbreitet sie vor dem Hintergrund der kurzfristig nachgereichten Unterlagen zur Rahmenplanung Mühlenstraße (TOP 5) nach Rücksprache mit den übrigen Fraktionen den Vorschlag, heute nicht über das Thema inhaltlich zu beraten und eine Beschlussempfehlung abzugeben, sondern die Ausführungen heute lediglich zur Kenntnis zu nehmen und zur weiteren Beratung zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Seitens der Ausschussmitglieder wird dieses Vorgehen einvernehmlich befürwortet.

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.09.2018**

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.09.2018 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einwohnerfragestunde**

Frau Lamers weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu richten. Es folgen zwei Anfragen von einer Einwohnerin, die vom 1. Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Weitere Bürgerbeteiligung zur Rahmenplanung Mühlenstraße
- Fehlende Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

**Tagesordnungspunkt 5**

**Rahmenplanung Mühlenstraße - Umsetzung des Gestaltung des ehemaligen Sportplatzgeländes**

**Vorlage: 2018/218**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Henkel erinnert eingangs an den bisherigen Verlauf des dreijährigen Planungsprozesses und bemerkt, dass die aktuell vorliegenden Pläne noch nicht die erforderliche Detailschärfe haben, sondern zunächst vorgesehen ist, eine systematische Planung mit der Auswahl grundlegender Elemente voranzutreiben, bevor die abschließende Detailplanung erfolgen könnte.

Herr Unnewehr weist rückblickend auf die bisherige Beschlussfassung und das umfangreiche Verfahren zur Bürgerbeteiligung hin und erklärt, dass zahlreiche Ideen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Planungsansätze der beauftragten Büros bei den aktuell vorliegenden Planungsvarianten mit aufgegriffen und mit eingeflossen sind.

Herr Kilian vom Planungsbüro Kilian & Kollegen stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, zunächst die Planungsziele sowie die Planungsvarianten „Wasser vielseitig erleben“, „Gesundheit und Bewegung“ „Sport & Spiel am Park“ und die verwaltungsseitige Vorzugsvariante „Gärten im Park“ umfänglich vor.

Auf Nachfrage einiger Ausschussmitglieder erklärt Herr Unnewehr, dass im Haushaltsplan für 2019 für diese Maßnahme Mittel in Höhe von 420.000 Euro eingeplant sind, wobei auch eine Leader-Förderung in Höhe von 200.000 Euro in Aussicht gestellt wurde. Dessen ungeachtet ist eine konkrete Kostenschätzung erst im nächsten Planungsschritt möglich, sofern dann feststeht, in welche Richtung die weitere Planung forciert werden soll.

Frau Fisbeck weist darauf hin, dass sich mittlerweile bereits vier Planungsbüros mit dem wichtigen Thema Mühlenstraße beschäftigt haben und vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt wurden, sodass jetzt der richtige Zeitpunkt vorliegt, wo Rat und Verwaltung erneut die Bürgerinnen und Bürger einschalten sollten. Sie beantragt vor diesem Hintergrund, zeitnah ein Bürgerforum unter der Leitung von Dr. Friedrich Scheele einzurichten, um mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine Grundlage für die weiteren Planungsüberlegungen zu erarbeiten.

Herr Langhorst bemerkt, dass nunmehr vier interessante Varianten vorliegen, jedoch eine Beratung in der Fraktion noch nicht möglich war, sodass es richtig ist, die Beschlussfassung zunächst zurück zu stellen, um sich noch einmal intern auch unter Berücksichtigung des ursprünglichen Vorschlags von Herrn Dr. Scheele auszutauschen zu können.

Herr Krause macht ergänzend deutlich, dass sehr schön deutlich geworden ist, dass ein Angebot für alle Altersgruppen gewünscht wird. Im Übrigen legt er bezüglich der

Parkplatzsanierung dar, dass der Platz so gestaltet werden muss, dass man auch bei feuchtem Wetter trockenen Fußes den Park erreichen kann.

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers weist abschließend darauf hin, dass sie den Antrag von Frau Fisbeck nicht zulassen kann, da eingangs bei der Genehmigung der Tagesordnung beschlossen wurde, dass der TOP nur zur Kenntnis genommen und anschließend zurück in die Fraktionen verwiesen werden soll.

**Beschluss:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung zurück in die Fraktionen verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 6**

**77. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Roggenmoorweg  
Vorlage: 2018/215**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Walther vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) die Grundzüge der Planung und weist insbesondere auf die vorgesehene Art und das Maß der baulichen Nutzung im Plangebiet hin.

Herr Röben erläutert, dass die Planung den jüngsten Bebauungsplänen in Hahn-Lehmden und Wahnbek ähnelt und die festgelegten First- und Traufhöhen den aktuellen Standards entsprechen. Im Übrigen begrüßt er, dass eine Freifläche für die Feuerwehr eingeplant wird, die gegebenenfalls auf Grundlage von Ergebnissen aus dem noch zu erarbeitenden Feuerwehrbedarfsplan angepasst werden muss.

Herr Krause erinnert daran, dass Hintergrund der Planung die Umsiedlung der Firmengruppe Bohmann und der anschließende erforderliche Umzug des Bauhofes ist, sodass die Planung auch hinsichtlich der gesunden Mischung aus Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern begrüßt wird. Er zeigt sich ausdrücklich erfreut darüber, dass eine Fuß-/Radwegverbindung zum benachbarten Wohngebiet geschaffen wird und auch Erweiterungsmöglichkeiten für die Feuerwehr vorgehalten werden sollen.

Frau Fisbeck schließt sich den Ausführungen der Vorredner weitestgehend an, macht zudem aber auch deutlich, dass von der umfassenden Überplanung des Geländes sowohl die Firma Bohmann mit der Neuansiedlung am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord, als auch der Bauhof sowie die Nachbarn und die Anwohner der Kleibroker Straße profitieren.

Herr Bischoff betont, dass die Möglichkeit besteht, dass nach der Auswertung der Ergebnisse aus der Feuerwehrbedarfsplanung durchaus das Resultat herauskommen kann, dass die neu eingeplanten Erweiterungsflächen nicht ausreichend sind.

Herr Langhorst bemerkt, dass es hier eindrucksvoll gelingt, eine ehemalige Gewerbefläche einer sinnvollen Nachnutzung zuzuführen und zugleich die ökologische Wertigkeit deutlich zu erhöhen. Im Übrigen wird damit der Verbrauch der freien Landschaft minimiert.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Walther, dass seitens der Gemeinde Rastede die Vorgabe erfolgt ist, nach Möglichkeit die größeren Bäume im Zufahrtsbereich zum Baugebiet zu erhalten.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Aufstellung der 77. Flächennutzungsplanänderung wird beschlossen.

2. Der Vorentwurf zur 77. Änderung des Flächennutzungsplanes – Wohngebiet Roggenmoorweg – wird beschlossen.
  
3. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 7**

**Aufstellung Bebauungsplan 115 - Roggenmoorweg  
Vorlage: 2018/217**

**Sitzungsverlauf:**

Es wird auf die Beratung unter TOP 6 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans 115 mit örtlichen Bauvorschriften wird beschlossen.
2. Der Vorentwurf zum Bebauungsplan 115 mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
3. Auf dieser Grundlage werden die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 8**

**Konzept zur verträglichen Nachverdichtung**  
**Vorlage: 2018/221**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Henkel erinnert daran, dass die ersten Bauleitplanungen der Gemeinde Rastede aus den 1950er Jahren stammen und die inzwischen vorliegenden vielfältigen Bebauungspläne ein Ergebnis verschiedener Epochen darstellen, sodass sich der Rat dafür ausgesprochen hat, die Pläne städtebaulich zusammenzuführen und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit der heutigen Sitzung soll der Einstieg in eine intensive öffentliche Beratung beginnen, die in einem nächsten Schritt in Form einer Informationsveranstaltung mit weiteren Details und entsprechender Tiefenschärfe versehen werden soll.

Frau Triebe stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, an einigen Beispielen die generellen Überlegungen vor, die auch Grundlage der Konzeption sind.

Herr Roeser hofft auf eine insgesamt große Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, da mit der Konzeption die Basis dafür gelegt wird, was künftig im Ort passieren kann. Er weist darauf hin, dass ein Nachverdichtungskonzept erhebliche Potenziale, aber andererseits auch nicht zu unterschätzende Risiken birgt, sodass er persönlich das weitere Prozedere sehr aufmerksam verfolgen und begleiten wird.

Herr Kramer macht darauf aufmerksam, dass der Konzeptentwurf vom Grundsatz her in Ordnung ist, um das Ziel zu erreichen, ein harmonisches Ortsbild zukünftig zu schaffen. Dessen ungeachtet begrüßt er ausdrücklich, die Beschlussempfehlung der Verwaltung mit der öffentlichen Vorstellung und der Möglichkeit zur Stellungnahme.

Frau Fisbeck schließt sich vom Grundsatz her den Vorrednern an, gibt aber zu bedenken, dass eine Verdichtung maßvoll erfolgen sollte, um die vorhandenen gewachsenen Siedlungsstrukturen auch im Hauptort nicht zu zerstören.

Herr Wilters legt dar, dass Rastede größtenteils von einer Einfamilienhausstruktur geprägt ist und nunmehr aufgrund der Angebots- und Nachfragesituation auf dem Immobilienmarkt mit dem Konzept ein Spagat gemeistert werden muss, um eine für alle Beteiligten tragbare Lösung zu finden.

Herr Langhorst erinnert daran, dass eine Innenverdichtung grundsätzlich vor einer Außenentwicklung stattfinden soll und mit dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag ein gutes Konzept auf den Weg gebracht wird, welches für die Zukunft Planungssicherheit bietet.

Herr Krause ergänzt, dass die Innenverdichtung kein Allheilmittel ist, jedoch eine Beordnung erfolgen muss, um künftig klare Leitlinien für eine weitere Entwicklung zu haben. Im Übrigen bittet er darum, aktuell vorliegende Pläne von potenziellen Bauherren nicht weiter auf die lange Bank zu schieben, sondern gegebenenfalls auch separat zeitnah zu beraten.

**Beschlussempfehlung:**

Der Entwurf des Konzeptes zur verträglichen Verdichtung wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept zur verträglichen Nachverdichtung öffentlich vorzustellen und die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 9**

**Erlass einer Veränderungssperre für den Bebauungsplan 17 - Hahn-Lehmden  
Vorlage: 2018/223**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Triebe stellt die in der Vorlage dargestellte Sach- und Rechtslage anhand einiger Folien noch einmal vor.

Frau Sager-Gertje begrüßt die Veränderungssperre ausdrücklich und betont, dass hier ein Musterbeispiel dafür vorliegt, inwieweit ein alter Bebauungsplan aus den 1960er Jahren zum Leidwesen der umliegenden Nachbarschaft ausgenutzt werden kann.

**Beschlussempfehlung:**

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 17 wird die Veränderungssperre Nr. 2 als Satzung erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 10**

**Lärmaktionsplan gem. § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz  
Vorlage: 2018/220**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Triebe stellt anhand einer Präsentation (Anlage 4 zur Niederschrift) das Ergebnis der Öffentlichkeitsauslegung und die erfolgte Abwägung vor und bemerkt, dass nunmehr die abschließende Beratung und Beschlussfassung im Rat erfolgen kann.

Herr Langhorst führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich noch einmal intensiv mit dem Lärmaktionsplan beschäftigt hat und dabei zu der Auffassung gekommen ist, dass die Einwendung der BUND Kreisgruppe Ammerland unterstützt werden sollte, um deutlich zu dokumentieren, dass die Gemeinde Rastede Lärmschutz gegenüber den Straßenbaulastträgern einfordert.

Herr Henkel führt aus, dass die Straßenbaulastträger allein auf die Rechtslage schauen werden und somit eine entsprechende Forderung der Gemeinde sofort ins Leere laufen würde. Aus Sicht der Verwaltung würde zudem eine Erwartungshaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erzeugt, die unmöglich eingehalten werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Wilters erklärt Herr Henkel, dass die Verwaltung die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger an den entsprechenden Straßenbaulastträger weiterleiten und über das Ergebnis informieren wird.

**Beschlussempfehlung:**

Dem Lärmaktionsplan gemäß § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz der Gemeinde Rastede (3. Stufe) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 11**

**Erweiterung der Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung - Antrag CDU  
Vorlage: 2018/214**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Wilters stellt noch einmal seinen eingereichten Antrag vor und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass mit der gewünschten Veränderung erreicht werden soll, dass Bus- und Bahnnutzer bei eingeschalteter Beleuchtung sicher die Haltestellen in den frühen Morgenstunden zur ersten Abfahrtszeit erreichen können.

Auf Nachfragen von Herrn Kramer erklärt Herr Unnewehr, dass mit der Umstellung auf die LED-Technik die Stromkosten um rund 50 Prozent (ca. 50.000 Euro) reduziert werden konnten und es technisch nicht möglich ist, nur jede zweite Laterne einzuschalten.

Herr Kramer signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum Antrag, da damit die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gestärkt werden kann. Dessen ungeachtet könnte noch überlegt werden, ob es gegebenenfalls sinnvoll ist, am Wochenende die Beleuchtung in der Nacht nicht auszuschalten.

Frau Fisbeck erinnert daran, dass die Verwaltung trotz Nachfragen aus der Bevölkerung teilweise eine Beleuchtung an Bushaltestellen abgelehnt hat, die nur von einigen wenigen Kindern genutzt wurden. Jetzt die Beleuchtungszeiten zu verlängern, ohne vorab entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung vorliegen zu haben, ist aus Sicht der Gruppe FDP/FFR auch vor dem Hintergrund der deutlich steigenden Stromkosten im kommenden Jahr nicht akzeptabel.

Herr Langhorst erinnert daran, dass sich der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vor geraumer Zeit mit dem Thema Beleuchtung an Schulbushaltestellen auseinandergesetzt hat und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, nach welchen Kriterien eine Beleuchtung installiert werden sollte und ob die gegebenenfalls erforderlichen Arbeiten erfolgt sind.

*Hinweis: Auf die Vorlage 2015/207 „Verbesserung der Beleuchtungssituation an den gemeindlichen Haltestellen“ und die einstimmige Beschlussempfehlung im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 01.12.2015 wird verwiesen. Im Übrigen wurden die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt.*

Herr Langhorst begrüßt, dass die Schaltzeiten an den Bedürfnissen der Nutzer des ÖPNV angepasst werden und betont hinsichtlich der Kosten, dass durch die Einsparungen im Rahmen der LED-Umstellung etwas Gestaltungsspielraum vorhanden ist. Perspektivisch ist aus seiner Sicht auch eine Steuerung über eine App denkbar, die individuell die Beleuchtung zielgerichtet ein- und ausschalten kann. Dessen ungeachtet hält er eine durchgängige Beleuchtung in den Nachtstunden am Wochenende für nicht zwingend erforderlich.

Herr Wilters führt hinsichtlich der Äußerungen von Frau Fisbeck aus, dass im persönlichen Gespräch mehrere Bürgerinnen und Bürgern auf die Problematik aufmerksam

gemacht haben und die CDU-Fraktion daraufhin einen entsprechenden Antrag formuliert hat, sodass sehr wohl davon auszugehen ist, dass ein Bedarf vorhanden ist.

Frau Lamers lässt sodann über den Antrag von Herrn Wilters abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

Die Schaltzeiten für die Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Rastede werden dahingehend geändert, dass morgens die Beleuchtung bereits um 04:45 Uhr eingeschaltet und am Wochenende (freitags und samstags) nachts um 01:00 Uhr ausgeschaltet wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 12**

**Deckenprogramm - Antrag der Gruppe SPD/ UWG**  
**Vorlage: 2018/219**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Kramer stellt eingangs den Antrag der Gruppe SPD/UWG ausführlich vor und betont, dass es der Gruppe in erster Linie darum geht, mit einem Basisbetrag für die Folgejahre Planungssicherheit zu haben, um die Mängelliste aus dem Straßenkataster abarbeiten zu können.

Herr Bischoff erwidert, dass es aus seiner Sicht ratsam ist, zunächst eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und daran anschließend bedarfsgerecht Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Frau Fisbeck erinnert an die aus ihrer Sicht unnötige Steuererhöhung und plädiert für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung, bevor sie sich dafür ausspricht, zunächst das Straßenkataster fortzuschreiben und anschließend flexibel und zeitnah erforderliche Sanierungsarbeiten einzuleiten.

Herr Henkel macht deutlich, dass der Straßenzustandsbericht fortlaufend angepasst wird und derzeit beim Deckenprogramm ein Nachholbedarf von rund 750.000 Euro besteht, wobei dass akute Problem mit den Moorstraßen noch nicht einmal näher quantifiziert werden konnte. Er weist bezüglich der Haushaltssituation und der bereits erfolgten Beschlüsse darauf hin, dass nach aktuellen Erkenntnissen kein ausgeglichener Ergebnishaushalt vorgelegt werden kann und ohne die erfolgte Steuererhöhung zu Beginn dieses Jahres die Deckungslücke sehr viel höher ausfallen würde.

Frau Lamers bemerkt, dass sie persönlich einen festen Sockelbetrag für das Deckenprogramm für richtig erachtet und als Kompromiss die Summe von 250.000 Euro vorschlägt, die gegebenenfalls bei auftretenden größeren Schäden bedarfsgerecht nach oben korrigiert werden kann.

Herr Wilters signalisiert grundsätzliche Zustimmung, weist aber auch darauf hin, dass in der Vergangenheit auch schon einmal deutlich günstigere Ausschreibungsergebnisse erzielt werden konnten, sodass die volle Summe für die angedachten Maßnahmen nicht benötigt wurde.

Herr Langhorst begrüßt ebenfalls die Festsetzung eines sogenannten Sockelbetrags, weist jedoch darauf hin, dass der in der Vergangenheit erfolgreich umgesetzte flexible Umgang mit Problemen im Bereich der Straßen nicht verloren gehen darf.

Auf Nachfrage von Herr Roese erklärt Herr Henkel, dass ein Festbetrag nicht dauerhaft im Haushalt verankert werden kann, sondern eine entsprechende Beschlussfassung eine Art Selbstbindung darstellt.

Herr Kramer betont, dass die SPD-Fraktion den Kompromissvorschlag von Frau Lamers mittragen kann, da auf diese Weise zumindest grundsätzlich verhindert werden kann, dass die Finanzmittel aus dem Deckenprogramm als sogenannte „Ausgleichsmasse“ erhalten müssen.

**Beschlussempfehlung:**

Für die Haushaltsjahre 2019 ff. wird für das Deckenprogramm jährlich ein Betrag von 250.000 Euro eingeplant.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 13**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019**

**Vorlage: 2018/204**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Unnewehr stellt anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die wesentlichen Produkte „Abwasserbeseitigung“, Grunderwerb zur Weiterveräußerung von Bauland“ und „Gemeindestraßen“ dar. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

**Spielplatz Sanddornweg**

Frau Sager-Gertje hinterfragt, warum der Spielplatz am Sanddornweg für rund 70.000 Euro zum Musterspielplatz ausgebaut werden soll, obwohl im Neubaugebiet Ligusterweg gerade ein neuer Spielplatz entstanden ist und nach ihrer Erkenntnis die Kinder im Umfeld des Sanddornwegs mittlerweile aus dem Spielplatzalter herausgewachsen sind.

Frau Triebe weist darauf hin, dass im Neubaugebiet „Am Dorfplatz“ kein weiterer Spielplatz geplant ist, sodass die dort aufwachsenden Kinder den Spielplatz am Sanddornweg mitnutzen können.

*Hinweis: Nach aktueller Auswertung leben zurzeit in einem Radius von 300 m um den Spielplatz 22 Kinder im Alter zwischen 0 und 12 Jahren (11 Kleinkinder von 0 bis 3 Jahre, 7 Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren und 4 Kinder im Alter zwischen 7 und 12 Jahren), wobei Überschneidungen mit den Einzugsgebieten der Spielplätze Lerchenstraße, Am Schießstand und Rotdornweg berücksichtigt wurden.*

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen stimmt dem Entwurf der Haushaltsplanung unter Berücksichtigung der Beratung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 14**

**Einwohnerfragestunde**

Frau Lamers weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu richten. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohner, die vom 1. Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Nachverdichtungsmöglichkeiten in Wahnbek
- Zeitachse für die Erstellung des Konzepts zur verträglichen Nachverdichtung
- Zeitnahe Umsetzung eines Bauvorhabens innerhalb des Konzeptionsbereichs
- Ausschluss von Steinbeeten im Baugebiet Roggenmoorweg
- Leitbild für Rastede
- Straßenunterhaltung

**Tagesordnungspunkt 15**

**Schließung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 19:35 Uhr.